

12. Im Saarland wurde im Jahre 2005 neben der Schlichtungsstelle eine Stabsstelle Bergschäden beim Wirtschaftsministerium eingerichtet. Eine solche kostenfreie Informations- und Vermittlungsstelle gibt es bisher in NRW nicht. Halten Sie die Einrichtung einer solchen Stabsstelle in NRW auch aufgrund der u.a. zu erwartenden Hebungsschäden für notwendig?

a) Wenn ja, wie wollen Sie die Einrichtung einer solche Stabsstelle umsetzen?

b) Wenn nein, begründen Sie bitte Ihre Entscheidung.

SPD	CDU	Grüne	FDP	Piraten	Linke
<p>Die Bergbehörden in NRW erfüllen die Aufgaben der Bergaufsicht und der Information aus unserer Sicht bereits sehr gut, so dass eine zusätzliche Stelle im Ministerium nicht erforderlich ist. Mögliche Verbesserungen und ggf eine Ausweitung der Informationsaktivitäten sollte jedoch regelmäßig geprüft werden. Vermittlungsaufgaben kommen der privatrechtlichen Schlichtungsstelle zu, hier ist ein stärkeres Eingreifen der staatlichen Verwaltung nicht zielführend.</p>		<p>Wir GRÜNEN können uns vorstellen, die Einrichtung einer solchen Stabsstelle zu prüfen.</p> <p>Gleichzeitig ist uns jedoch wichtig, dass bei Einrichtung einer solchen Stabsstelle, ihre Unabhängigkeit wirklich gewährleistet ist. Zudem wäre aus GRÜNER Sicht wichtig, dass sich eine solche Stabsstelle nicht ausschließlich auf die Steinkohle – wie im Saarland – bezieht, sondern für alle Bergbaubereiche zuständig ist, wenigstens jedoch für Stein- und Braunkohle.</p> <p>Wir GRÜNE unterstützen das Anliegen der Bergbaubetroffenen, einen besseren Zugang zu bergschadensrelevanten Informationen zu erhalten. Ein erster Schritt in die richtige Richtung war die Einrichtung des Tools für Bergschadensbetroffene auf der Seite des Wirtschaftsministeriums.</p> <p>Allerdings halten wir dieses Tool sowie die darin hinterlegten Informationen noch nicht für vollständig und werden weiter daran arbeiten. Deshalb wollen wir mit den Bergbaubetroffenen hierzu weiterhin im Gespräch bleiben, wie das Tool noch weiter gestaltet werden sollte.</p>	<p>Wir Freie Demokraten fordern die Einrichtung eines beratenden Gremiums im Sinne eines "Expertenkreises Bergbau", das beim Ministerium angesiedelt werden soll. Unter Einbeziehung der vom Bergbau Betroffenen sollen technische und rechtliche Detailfragen des Bergbaus erörtert und einer einvernehmlichen Klärung zugeführt werden, um die Situation der Bergbaubetroffenen zu verbessern.</p>	<p>Wir halten ganz generell eine bessere und offenere staatliche Informationspolitik für unumgänglich. Die Bergbaubehörden zeichnen sich nicht gerade durch ein Übermaß an Transparenz aus. Wir wollen das ändern. Dabei ist die Form nebensächlich, ob in Form einer Stabsstelle oder anders, Hauptsache ist die freie, auch kostenfreie Verfügbarkeit relevanter Informationen, auch in digitalisierter, maschinenlesbarer und barrierefreier Form übers Internet abrufbar. Da Behörden weisungsgebunden sind, lässt sich das verwaltungstechnisch durchführen. Sollten Gesetzesänderungen notwendig sein, muss der Landtag sie vorab beschließen.</p>	<p>Ja, wir halten solch eine Stabsstelle für erforderlich und werden uns für ihre Einrichtung einsetzen</p>